

NDR Info Das Forum
STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN

Andreas Flocken

14.11.2020 / 19.20-19.50 Uhr

15.11.2020 / 12.35-13.00 Uhr

E-Mail: streitkraefte@ndr.de

www.ndr.de/streitkraefte

Inhalt:

- Nach der Trump-Niederlage - Hoffnung auf Neustart der transatlantischen Beziehungen
- Flagge zeigen in Asien? Was die indo-pazifischen Leitlinien für die Bundeswehr bedeuten
- Bundeswehr-Beschaffungsamt erneut in der Kritik - Entscheiden Gerichte über G36-Nachfolge?

Zur Verfügung gestellt vom NDR
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Willkommen zu einer neuen Ausgabe der Sendereihe, am Mikrofon begrüßt Sie Andreas Flocken.

Bei uns geht es heute um diese Themen:

- Nach der Trump-Niederlage - Hoffnung auf Neustart der transatlantischen Beziehungen
- Flagge zeigen in Asien? Was die indo-pazifischen Leitlinien für die Bundeswehr bedeuten. Und:
- Bundeswehr-Beschaffungsamt erneut in der Kritik - Entscheiden Gerichte über G36-Nachfolge?

Zu unserem ersten Thema. In Berlin und in anderen europäischen Hauptstädten ist die Erleichterung über den Wahlsieg von Joe Biden riesengroß. Noch einmal vier Jahre Donald Trump - die Perspektiven für die transatlantischen Beziehungen und insbesondere für die NATO wären düster gewesen.

Zwar wird das Verhältnis zu den USA nun wieder berechenbarer. Klar ist aber auch, dass Joe Biden natürlich vornehmlich US-Interessen verfolgen wird. Der Umgang und der Ton zwischen den USA und Europa wird sich jedoch ändern. Der frühere Außenminister Sigmar Gabriel:

O-Ton Gabriel

„Biden weiß, dass es auf Partnerschaften ankommt und dass die Fähigkeit, Allianzen zu bilden, die eigentliche Fähigkeit der Amerikaner nach 1945 war, die sie so stark gemacht hat. Russland hat keine Alliierten. China hat keine Alliierten. Das konnten nur die Amerikaner. Und darauf wird Biden wieder Wert legen. Und das bedeutet auch, dass es zwar Konflikte weiter geben wird. Die hat es immer mit den USA gegeben. Das ist ja nicht neu, aber eben nicht so, dass wir ständig mit Sanktionen belegt werden. Und dass es nicht mal den Versuch gibt, gemeinsame Kompromisse zu finden. Das ist jetzt vorbei.“

Unter Trump haben die transatlantischen Beziehungen einen Tiefpunkt erreicht. Mit Joe Biden, der auf Bündnisse und internationale Organisationen setzt, wird sich das ändern. Aber auch der neue Präsident wird darauf dringen, dass die Europäer beispielsweise weiter mehr Geld für die Verteidigung ausgeben. Und die Bundesregierung will sich hier auch nicht verweigern. Angela Merkel in dieser Woche:

O-Ton Merkel

„Wir Deutschen und wir Europäer wissen, dass wir in dieser Partnerschaft im 21. Jahrhundert mehr eigene Verantwortung übernehmen müssen. Amerika ist und bleibt unser wichtigster Verbündeter. Aber es erwartet von uns - und dies zu Recht - stärkere eigene Anstrengungen, um für unsere Sicherheit zu sorgen und in der Welt für unsere Überzeugungen einzutreten. Und wir Europäer haben uns ja längst auf diesen Weg gemacht.“

„Auf den Weg gemacht.“ Ein kraftvoller Akteur in der Außen- und Sicherheitspolitik ist die EU jedoch noch lange nicht. Dabei war bereits nach dem Wahlsieg von Donald Trump vor vier Jahren überall von einem Weckruf an die Europäer die Rede gewesen. Die bisher eingeleiteten Veränderungen sind allerdings überschaubar. In der Außen- und Sicherheitspolitik gibt es in der EU weiterhin keine Mehrheitsbeschlüsse. Fortschritte bei der Kooperation im Verteidigungs- und Rüstungsbereich können nicht darüber hinwegtäuschen, dass hier der zweite Schritt vor dem ersten gemacht wird. Denn was nützen die besten militärischen Instrumente, wenn sich die Regierungen nicht einig sind, wann

und wie sie diese einsetzen wollen. Daher im ZDF ein erneuter Appell vom Vorsitzenden der Münchner Sicherheitskonferenz, Wolfgang Ischinger:

O-Ton Ischinger

„Es geht zunächst einmal darum, dass wir Europäer in Washington mit einer Stimme auftreten und sagen: Wollen wir ein Handelsabkommen mit den USA? Wollen wir eine gemeinsame Position mit den USA zum Thema China entwickeln? Das wird das große Thema der nächsten Jahre werden. Können wir mit den USA wieder versuchen, gemeinsam Rüstungskontroll-Initiativen zu entwickeln? Was ist mit der Klimapolitik? Was ist mit der Iran-Politik? Gibt es einen einheitlichen europäischen Vorschlag?“

Bei vielen außenpolitischen Themen gibt es keine europäische Position. Auch in der Russland-Politik wird nicht mit einer Stimme gesprochen.

Selbst in der Regierungskoalition in Berlin gibt es verschiedene Ansichten. So hält der SPD-Fraktionschef Mützenich nicht viel vom NATO-Beschluss, möglichst zwei Prozent der Wirtschaftsleistung für die Verteidigung auszugeben. Für den Sozialdemokraten setzt das Bündnis zu stark auf Abschreckung und viel zu wenig auf Dialog. Das müsse sich ändern, machte Mützenich im ZDF deutlich:

O-Ton Mützenich

„Wir müssen zurückkehren zu den Zeiten, wo die NATO auf der einen Seite militärische Rückversicherung gewesen ist, aber auf der anderen Seite insbesondere auch im Feld der Diplomatie alle Möglichkeiten geschaffen hat, nun in einem europäischen Umfeld auch Sicherheit durch Diplomatie und durch viele andere Fragen herzustellen.“

Die Weltordnung befindet sich im Umbruch, die Gewichte verschieben sich. Auch ohne Zutun von Donald Trump hat die NATO-Führungsmacht USA inzwischen andere Prioritäten. Der frühere Außenminister Sigmar Gabriel:

O-Ton Gabriel

„Der Atlantik ist nicht mehr das Gravitationszentrum des Welthandels und der Politik, sondern das ist längst im Indo-Pazifik. Und daran orientieren sich die Amerikaner. Das ist übrigens auch gut so. Denn wir haben nicht genug Kraft, um China auszubalancieren. Aber das bedeutet, dass Amerika immer weniger europäisch und immer pazifischer werden wird.“

Und das wird weitreichende Folgen haben. Für die EU, für die NATO - aber auch für Deutschland.

Und damit sind wir schon bei unserem nächsten Thema.

Denn wie eben gehört, sind die USA auch eine pazifische Macht. Nicht Russland, sondern das aufsteigende China ist für Washington inzwischen die große Herausforderung.

Asien rückt mittlerweile aber auch immer stärker ins Blickfeld der Bundesregierung. Das hat Konsequenzen nicht nur für die deutsche Außen- und Wirtschaftspolitik, sondern auch für die Bundeswehr. Wird Asien bald das Operationsgebiet für die Deutsche Marine oder andere Bundeswehr-Einheiten? Eigentlich schwer vorstellbar - aber vieles spricht dafür. Denn die Bundesregierung hat bereits die ersten Weichen gestellt. Jerry Sommer weiß mehr:

Manuskript Jerry Sommer

Im September veröffentlichte die Bundesregierung erstmals Leitlinien für eine deutsche Indo-Pazifik-Politik. Als Indo-Pazifik wird dabei der gesamte Raum zwischen Indien und China sowie Australien und den USA definiert. Hauptsächlich geht es aber um eine deutsche Asien-Politik. In den Leitlinien werden alle Politikfelder von der Wirtschaft bis zu Kultur und Bildung angesprochen - auch die Rolle der Bundeswehr soll sich ändern.

Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer zitierte Ende September im Bundestag aus den Leitlinien:

O-Ton Kramp-Karrenbauer

„Die Bundesregierung wird ihr sicherheitspolitisches Engagement im Indo-Pazifik ausweiten, die sicherheits- und verteidigungspolitische Kooperation in der Region mit ihren Partnern ausbauen. Dies kann die Teilnahme an sicherheitspolitischen Foren, die Teilnahme an Übungen in der Region, die Entsendung von Verbindungsoffizieren sowie verschiedene Formen maritimer Präsenz umfassen.“

Maritime Präsenz – das heißt, die Deutsche Marine soll in der Region operieren. Bisher geplant: Ein fünfmonatiger Einsatz der Fregatte „Hamburg“. Ursprünglich sollte es schon im Mai losgehen: Vorgesehen war, dass die Fregatte mit französischen Kriegsschiffen im Indischen Ozean an einer Übung teilnimmt und anschließend Hafenbesuche absolviert, u.a. in Australien. Wegen Corona

wurde dieser Einsatz aber abgesagt. Nun soll er im nächsten Jahr nachgeholt werden.

Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer will damit ein „Signal“ senden - nämlich, dass Deutschland sich für Sicherheit und Stabilität in der Region einsetzt. Garima Mohan vom Berliner Büro der US-Stiftung „German Marshall Fund“ begrüßt diese Entwicklung:

O-Ton Mohan (Voiceover)

„Der Indo-Pazifik ist sehr wichtig - sowohl für Deutschland als auch für Europa. Aber bisher verließ man sich auf andere Staaten, um die Stabilität und Sicherheit der Seewege zu gewährleisten. Die Leitlinien sprechen von Sicherheitskooperationen in Bezug auf Lastenteilung. Und die Marine soll vor allem als ein Mittel der Diplomatie eingesetzt werden.“

Die militärische Zusammenarbeit mit sogenannten „gleichgesinnten“ Staaten soll verstärkt und Verbindungsoffiziere unter anderem in asiatische Organisationen entsandt werden, um bessere militärische Informationen aus der Region zu erhalten. Auch wird überlegt, deutsche Marineoffiziere auf australische Kriegsschiffe abzukommandieren.

Das militärische Engagement Deutschlands soll sich - ebenso wie die Leitlinien insgesamt - zwar nicht gegen einen bestimmten Staat richten. Ausdrücklich heißt es in den indo-pazifischen Leitlinien, dass die Bundesregierung - so wörtlich - „Eindämmungs- und Entkoppelungsstrategien für nicht zielführend“ hält. Solche Strategien hat die Trump-Regierung gegenüber China verfolgt. Auch für Joe Biden ist China ein geopolitischer Gegner. Und er dürfte wohl ebenfalls daran interessiert sein, dass Deutschland die US-Politik gegenüber China unterstützt.

Eine stärkere deutsche Militärpräsenz in der Region sei notwendig, um das eigene und europäische Interesse an einer „regelbasierten Ordnung“ zu unterstreichen, meint Patrick Köllner, der Direktor des Hamburger GIGA-Instituts für Asien-Studien. Insbesondere könnte Deutschland so dazu beitragen, die Gebietsansprüche Chinas im Südchinesischen Meer zurückzuweisen. Dort hat Peking mehrere umstrittene kleine Inseln aufgeschüttet und militärisch abgesichert:

O-Ton Köllner

„Hier kann in der Tat dann eine verstärkte Präsenz in dem Raum wichtig sein, um insbesondere das Signal zu senden, dass das Seerechtsabkommen von 1982 von besonderer Bedeutung ist und dass die entsprechenden Akteure in der Region eben auch daran erinnert werden, dass diese multilateralen Strukturen, diese Rechtsform, von besonderer Bedeutung für die Bundesrepublik sind.“

Das Internationale Schiedsgericht in Den Haag hat die Gebietsansprüche Pekings im Südchinesischen Meer auf der Basis dieses Seerechtsabkommens zurückgewiesen. Allerdings akzeptiert China das Urteil nicht - und die USA sind diesem Abkommen nicht beigetreten. Bisherige Planungen des deutschen Verteidigungsministeriums sehen allerdings nur eine militärische Präsenz im Indischen Ozean vor, also fern ab von den umstrittenen Zonen im Südchinesischen Meer und der Straße von Taiwan. Deutsche Einsätze in diesen konfliktträchtigen Gebieten könnten aber durchaus sinnvoll sein, meint Patrick Köllner vom GIGA-Institut in Hamburg:

O-Ton Köllner

„Man muss diese nicht unbedingt wie die Amerikaner als ‚Freedom of Navigation Operations‘ bezeichnen. Es geht einfach darum - wie das auch das Abkommen von 1982 ermöglicht - innerhalb von 200 Meilenzonen zu operieren. Dies muss möglich sein. Und das wird durch das Flaggezeigen - eben auch durch eine Fregatte - gezeigt.“

Ein solches politisches Signal durch Deutschland wäre durchaus sinnvoll, glaubt Patrick Köllner. Wegen der beschränkten deutschen militärischen Kapazitäten wären allerdings gemeinsame Marineaktivitäten mit anderen europäischen Partnern zu bevorzugen.

Das sieht Michael Staack von der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr in Hamburg anders. Er hat zwar kein Problem mit den bisher von der Bundeswehr geplanten niedrighwelligen, eher symbolischen Operationen der Deutschen Marine im Indischen Ozean. Der Politikwissenschaftler warnt jedoch vor einer militärischen Präsenz im Südchinesischen Meer oder in der Straße von Taiwan. Er bezweifelt, dass damit einer regelbasierten Ordnung gedient wäre:

O-Ton Staack

„China wird das nicht beeindruckt. Es wird die Beziehungen zu China weiter komplizieren. Was allerdings wichtiger ist: es wird insgesamt die diplomatischen Beziehungen und die diplomatischen Bemühungen um Lösungen im Sinne der kooperativen Sicherheit, das heißt, was auch in den Leitlinien ja als Ziel festgelegt ist, gemeinsam mit dem südostasiatischen Staatenverband ASEAN Lösungen zu finden - das wird es doch erheblich komplizieren.“

Der südostasiatische Staatenverband ASEAN befindet sich gegenwärtig in schwierigen Verhandlungen mit China, die das Ziel haben, einen „Verhaltenskodex“ für das Südchinesische Meer zu vereinbaren. Eine militärische Präsenz Deutschlands oder anderer EU-Staaten in der Gegend hat die ASEAN jedoch nicht angemahnt.

In der Region dreht sich schon jetzt die Aufrüstungsspirale zunehmend schneller - vor allem zwischen China und den USA. Daran wird wohl auch ein Präsident Joe Biden wenig ändern. Vor diesem Hintergrund kritisiert Jürgen Wagner von der „Informationsstelle Militarisierung“ in Tübingen die angestrebte stärkere deutsche Militärpräsenz im Indo-Pazifik:

O-Ton Wagner

„In einer Region mit zahlreichen Regionalkonflikten braucht es andere politische Ansätze als dem Glauben anzuhängen, mit einer Militärpräsenz könne man hier in irgendeiner Weise Verbesserungen der Lage herbeiführen anstatt zu versuchen, über diplomatische Initiativen, über vertrauensbildende Maßnahmen etc. Konfliktvermeidungsstrategien zu fahren. Ich bin mir relativ sicher, dass eine zusätzliche militärische Präsenz deutscherseits die allgemeinen Rüstungsdynamiken in der Region weiter verschärfen wird.“

Die Bundesregierung wie auch die Deutsche Marine begründen die Notwendigkeit einer verstärkten deutschen Militärpräsenz im Indo-Pazifik u.a. mit dem Hinweis, für die Exportnation Deutschland seien freie und sichere Seewege besonders wichtig. Und diese seien bedroht - insbesondere durch China. Doch eine solche Bedrohung kann Michael Staack nicht erkennen. Der Politikwissenschaftler der Hamburger Helmut-Schmidt-Universität:

O-Ton Staack

„China bezieht ja einen großen Teil seiner Energieressourcen aus dem Nahen und Mittleren Osten. Und die Voraussetzung dafür ist, dass die Seewege in der Region offen bleiben. China ist weiterhin an der Offenheit seiner sogenannten maritimen Seidenstraße interessiert: Das heißt also, seitens Chinas gibt es ei-

gentlich überhaupt keine Gründe, warum eine Unterbrechung der Seewege erfolgen sollte.“

Die Bundeswehr plant einen sehr niedrigschwelligen Einstieg im Indo-Pazifik. Wie sich die Marinepräsenz in der Region allerdings mittel- und langfristig entwickeln wird, ist zurzeit noch offen. Es ist eventuell sogar möglich, dass sich EU und NATO künftig stärker im Indo-Pazifik militärisch engagieren werden. Für die Deutsche Marine dürften die indo-pazifischen Leitlinien der Bundesregierung ein willkommener Anlass sein, mehr Ressourcen und mehr Kriegsschiffe zu fordern. Davon könnte dann insbesondere der Marineschiffbau profitieren. Auch in anderer Hinsicht. Denn in den indo-pazifischen Leitlinien heißt es: Weitere Länder sollen je nach Bedarf in die „Ertüchtigungsinitiative“ einbezogen werden. Konkret könnte das bedeuten: In der Region dürften wohl auch die deutschen Rüstungsexporte ansteigen.

* * *

Flocken

Ein Bericht von Jerry Sommer.

Immer wieder sorgen Rüstungsprojekte der Bundeswehr für Negativschlagzeilen. Regelmäßig werden die bestellten Systeme zu spät ausgeliefert, sprengen zudem oft den vorgegebenen Finanzrahmen. Probleme gibt es seit einigen Wochen mit der Beschaffung eines neuen Sturmgewehrs. Bekanntlich soll das umstrittene G36 ausgemustert werden. Doch es sieht so aus, als ob die bei der Truppe weiterhin beliebte Waffe nun doch erheblich länger verwendet wird - notgedrungen. Denn möglicherweise werden Gerichte darüber entscheiden, welches neue Sturmgewehr die Soldaten bekommen werden. Zu den Hintergründen - Christoph Prössl:

Manuskript Christoph Prössl

Am 15. September sorgte das Verteidigungsministerium für eine handfeste Überraschung. In einer Pressemitteilung informierte der Pressestab die Öffentlichkeit darüber, dass die Firma C.G. Haenel als Ausschreibungssieger aus dem Vergabeverfahren „Sturmgewehr“ hervorgegangen ist. Anders ausge-

drückt: Heckler & Koch, bislang Lieferant der Bundeswehr, Hersteller des G36, der weltweit Armeen beliefert, war raus.

Viele Experten und Journalisten mussten noch mal googeln, wer da gewonnen hatte, im Bieterstreit um die Nachfolge des Sturmgewehrs G36. C.G. Haenel. Waffenschmiede aus Suhl, Thüringen. Gegründet im Jahr 1840 von Carl Gottlieb Haenel zur Produktion von Gewehren fürs Militär. Stellte immer schon auch Jagdwaffen her. Und auf der Internetseite des Unternehmens heißt es: „Haenel hat das Sturmgewehr erfunden“, ein vollautomatisches Gewehr, das ab 1943 bei der Wehrmacht eingeführt wurde. Später ging die Firma in einem volkseigenen Betrieb auf. 2008 wurde die Marke wiederbelebt. Der SPIEGEL berichtete, das Unternehmen habe einem Geschäftsbericht zufolge im Jahr 2018 gerade einmal 9 Personen beschäftigt und einen Umsatz von 7,15 Millionen Euro erwirtschaftet. Ein Zwerg für die Produktion von 120.000 Sturmgewehren für die Bundeswehr?

C.G. Haenel gehört zur Merkel Sport- und Jagdwaffen GmbH. Ein Unternehmen mit immerhin über 130 Mitarbeitern. Die Firma stellt seit Jahrhunderten Jagdwaffen her. Überrascht hat viele, dass Merkel einem Investor aus den Vereinigten Arabischen Emiraten gehört: Edge, ein Verbund, in dem viele Unternehmen aus dem Bereich Rüstung zusammengeführt worden sind. Soll das Sturmgewehr der Bundeswehr künftig von einem Konzern aus den Vereinigten Arabischen Emiraten gebaut werden? In einem Land, das im Jemen Krieg führt?

Nachfragen gab es viele. Haenel setzte eine Pressemitteilung auf und verschickte diese mit dem Hinweis, darüber hinaus Presseanfragen nicht zu beantworten. Offenbar hatte es schon zahlreiche Nachfragen gegeben. In der Mitteilung verwies das Unternehmen darauf, die in der Ausschreibung definierten Ansprüche am besten zu erfüllen und auch durch das wirtschaftlichste Gesamtangebot überzeugt zu haben. Die Herstellung des Sturmgewehrs werde mit einem Fertigungsanteil von rund 90 Prozent in Deutschland realisiert.

Ob es jedoch jemals soweit kommt, ist völlig offen. Denn am 9. Oktober wendete sich das Verteidigungsministerium mit einer neuen Pressemitteilung an die Öffentlichkeit. „Sachstand zum Vergabeverfahren“ stand darüber. Und in den folgenden Zeilen war zu lesen, dass die Vergabestelle beim Beschaffungsamt BAAINBw erstmalig von einer Patentrechtsverletzung durch die Firma C.G. Haenel Kenntnis erlangt habe. Deswegen werde diese Vergabestelle eine Neubewertung der Angebote unter Berücksichtigung aller Aspekte vornehmen. Im Klartext: Das Ministerium kassiert die Entscheidung der Vergabestelle. Hintergrund: Im Verfahren hat die Behörde auch abgefragt, ob den jeweils Bietenden Patentstreitigkeiten bekannt sind, ob es also Rechtsstreitigkeiten gibt, die eine zügige Produktion verhindern könnten. Die Form, wie dies abgefragt wurde, ist unbekannt. Dem Vernehmen nach hat Haenel die Beschaffungsbehörde nicht über mögliche Patentrechtsverletzungen informiert - was ein Ausschlusskriterium hätte sein können.

O-Ton Strack-Zimmermann

„Wie wir informiert worden sind, hat das BAAINBw von den Patentstreitigkeiten - wie es heißt - am Rande gehört.“,

...sagt Marie-Agnes Strack-Zimmermann, verteidigungspolitische Sprecherin der FDP im Bundestag.

O-Ton Strack-Zimmermann

„Es hat sich aber offenbar niemand bemüht gefühlt, dieser Aussage nachzugehen - mit Ausnahme einer einzigen, die sich dazu berufen gefühlt hat, dazu etwas zu sagen. Dem ist aber nicht nachgegangen worden. Das darf nicht sein, sowas darf nicht durchrutschen. Weil gerade bei solchen Verfahren eine hohe Sensibilität an den Tag gelegt werden muss, weil sie justiziabel sind.“

Es geht um das sogenannte „over-the-beach-Patent“, das insgesamt 23 Merkmale umfasst, die es ermöglichen, eine Waffe aus dem Wasser zu ziehen und abzufeuern. Unter anderem sind in den Lauf Löcher gebohrt, damit das Wasser abläuft. Diese Fähigkeit besitzen die Sturmgewehre der Firma Heckler & Koch und auch das Haenel-Produkt. Bereits im Februar 2018 mahnte Heckler & Koch nach eigenen Angaben Haenel ab, wegen des Verstoßes gegen das Patent, wie Heckler & Koch argumentiert. Damals ging es jedoch um das halbautomatische Gewehr CR 223 und nicht die Waffe, mit der Haenel sich um den

Auftrag der Bundeswehr beworben hat. Das MK 556 - also die Waffe, mit der Haenel sich beworben hat - weist aber die gleichen Patentrechtsverletzungen auf - dieser Meinung ist man bei Heckler & Koch. Ende August 2020 ging Heckler & Koch deswegen vor Gericht, um die Erfindung schützen zu lassen - also noch bevor das Ministerium die Vergabeentscheidung bekannt gab.

Für Marie-Agnes Strack-Zimmermann wiegen die Anschuldigungen schwer - das Beschaffungsamt hat demnach mangelhaft gearbeitet.

O-Ton Strack-Zimmermann

„Zeigt aber einmal mehr dieses strukturelle Problem, das wir im BAAINBw haben. Übrigens nicht nur beim G36, sondern auch beim schweren Transporthubschrauber, und, und, und. Es ist immer wieder die gleiche Problematik. Der eine achtet nicht darauf, was der andere macht. Die Prozesse dauern viel zu lang. Und jetzt geht es um das Sturmgewehr der Bundeswehr, das G36. Man hat lange darüber streiten können, brauchen wir ein neues G36. Die Truppe ist nicht begeistert davon. Aber der Weg ist nun mal eingeschlagen worden.“

Das Verteidigungsministerium schildert die Ereignisse etwas anders. Ob eine Patentverletzung vorliege, sei durch das Ministerium und die Beschaffungsbehörde zu diesem Zeitpunkt nicht abschließend zu klären gewesen. Das Ministerium verweist auf die allgemeinen Bedingungen für Beschaffungsverträge. Darin heißt es:

Zitat Verteidigungsministerium

„Der Auftragnehmer versichert, dass ihm, soweit er nicht dem Auftraggeber entsprechende Mitteilung gemacht hat, keine Umstände, insbesondere keine Schutzrechte Dritter, bekannt sind, die es ihm verbieten, die Vertragsgegenstände in der Bundesrepublik Deutschland herzustellen und zu verkaufen, und dass keine Rechtsverletzungsansprüche wegen der Vertragsgegenstände gegen ihn gerichtlich oder außergerichtlich geltend gemacht worden sind.“

Ende September stellte Heckler & Koch einen sogenannten Nachprüfantrag bei der Vergabekammer. Am 9. Oktober informierte das Ministerium dann die Öffentlichkeit, dass die Entscheidung zugunsten von Haenel aufgehoben sei.

Nun prüft ein unabhängiger Patentanwalt für das Verteidigungsministerium den Fall. Eine durchaus ungewöhnliche Entscheidung angesichts einer Behörde mit

mehreren Tausend Mitarbeitern, in der auch Juristen arbeiten und einen reibungslosen Ablauf des Verfahrens gewähren sollen.

Außerdem trat das Ministerium in einer Stellungnahme einem anderen Verdacht entgegen. Mehrere Abgeordnete berichteten, dass möglicherweise nach der Abgabe des letzten Angebots noch Gespräche zwischen der Beschaffungsbehörde und den verbliebenen beiden Bietern stattgefunden hätten. Nachverhandlungen, war der Vorwurf, der laut wurde. Nachverhandlungen, um den Preis zu drücken? Belege dazu sind nicht bekannt. Das Verteidigungsministerium teilte mit, dass für Zubehörteile nicht vergleichbare Angebote eingegangen wären. Die Behörden-Mitarbeiter hätten dies daher mit den Bietern geklärt. Dieses Vorgehen sei auch weder von Haenel noch von Heckler & Koch gerügt worden.

Die Befürchtung bei den Abgeordneten der Opposition: die Entscheidung über die Beschaffung zieht sich weiter hin. Am Ende könnten Gerichte darüber entscheiden, welches Sturmgewehr beschafft wird.

Das Ministerium ließ einen umfassenden Bericht für die Parlamentarier zusammentragen und übermittelte ihn auch an den Bundesrechnungshof.

O-Ton Strack-Zimmermann

„Frau Kramp-Karrenbauer muss aufpassen, dass das G36 ihr nicht auf die Füße fällt.“,

...sagt die FDP-Politikerin Strack-Zimmermann. Auch wenn es beim Sturmgewehr, das dem G36 folgen soll, „nur“ um 200 Millionen Euro geht - die Ausschreibung ist heikel. Das G36 war ausgesondert worden, nachdem es Berichte gegeben hatte, dass die Treffgenauigkeit bei Erwärmung deutlich abnehme. Es folgte eine lange Debatte, in der die damalige Verteidigungsministerin von der Leyen auch aus der Truppe massiv kritisiert worden war. Und nun steht die holprige Beschaffung des neuen Sturmgewehrs in einer Reihe mit der geplatzten Ausschreibung um die Beschaffung für einen schweren Transporthubschrauber - und auch im Bereich Marine gibt es Streit. Das Ministerium nahm eine Ausschreibung für die Reparatur des Tenders Donau zurück. Es hatte Kri-

tik gegeben, weil der Auftrag möglicherweise nach Polen hätte vergeben werden müssen. Im Zentrum all dieser Problem steht das Bundeswehr-Beschaffungsamt BAAlNBw. Für Annegret Kramp-Karrenbauer ist die Behörde wohl die derzeit größte Herausforderung.

* * *

Flocken

Soweit Christoph Prössl.

Das war's für heute. Die Sendung können Sie als Podcast herunterladen - in der ARD-Audiothek oder unter ndr.de/streitkraefte. Dort können Sie auch unseren Newsletter abonnieren. Wir schicken Ihnen dann das Manuskript der Sendung per E-Mail zu. Ein schönes Wochenende wünscht Andreas Flocken.